

Jugend und Demokratie

Jugendlichen mangelt es nicht an politischem Interesse, Schwachpunkt ist vielmehr das durch staatliche Institutionen vernachlässigte Einüben von demokratischen Verhaltensweisen und Mechanismen des Interessensausgleichs.

Handlungsempfehlungen:

- 1) Demokratische Beteiligung muss früh und niedrigschwellig eingeübt werden. Dafür müssen Gelegenheitsstrukturen angeboten werden und durch staatliche Förderung ermöglicht werden.
 - a) Kinder- und Jugendparlamente, Planspiele oder Angebote in Jugendfreizeitheimen könnten den notwendigen Spaßfaktor bieten. Entsprechend sind auch Comedy, Kabarett und Musik Medien, mit denen Jugendliche angesprochen werden und in denen sie selbst ihre Bedürfnisse ausdrücken könnten.
 - b) Mittel für die Jugendverbandsarbeit dürften daher nicht weiter gekürzt werden, und demokratische Räume nicht durch so genannte „Demokratie-Erklärungen“ eingeengt werden, wie sie derzeit vom Familienministerium als Auflage diskutiert werden.
 - c) Auch über ein Wahlrecht auf lokaler Ebene ab dem 16. Lebensjahr sollte nachgedacht werden, da in diesem Alter die Erfahrung der ersten Wahl auch schulisch begleitet werden könnte. Dieses Wahlrecht müsse aber auch Jugendlichen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ermöglicht werden, um sie von demokratischer Partizipation nicht auszuschließen, sondern sie dauerhaft und früh für Teilhabe und demokratische Werte zu gewinnen.
- 2) Das Bildungssystem ist die zentrale Baustelle. Eine Schulreform zur Herstellung von mehr Chancengleichheit ist überfällig.
 - a) Dabei muss jedoch beachtet werden, dass Unterprivilegierte genau wie Privilegierte in die staatlichen Strukturen integriert werden müssen, damit sich gerade sozial Privilegierte nicht in private Strukturen verabschieden.
 - b) Schule muss Raum für Selbstbestimmung zur Verfügung stellen. Schule muss als Lebens- und Bildungsort für Demokratie wahrgenommen werden, an dem sowohl Interessensausgleich geübt und die nötige sprachliche Kompetenz vermittelt wird.
 - c) Schule muss interkulturelles Lernen stärker als bisher ins Zentrum stellen.
- 3) Staatliche Strukturen müssen stärker das bürgerschaftliche Engagement von Migranten unterstützen. Das Engagement von knapp 6 Millionen Jugendlichen mit Migrationshintergrund entzieht sich strukturell oft den Kategorien staatlicher Förderung. Mehr Offenheit für die Anliegen, aber auch für die Besonderheiten des Engagements dieser Bevölkerungsgruppe ist daher geboten, um ihre politische Teilhabe entsprechend zu ermöglichen und zu fördern.
- 4) Politiker und Jugendlichen lernen voneinander.
 - a) Politiker müssen lernen, Jugendlichen ihre Forderung klar und in einfachen Botschaften zu vermitteln, um sie für Politik zu interessieren.

- b) Sie müssen lernen, die neuen Medien authentisch zu nutzen. Dabei können Jugendliche ihnen helfen, beide Seiten können also voneinander profitieren. Durch diese neue Form der Ansprache würde die Politik auch über Jugendliche hinaus weitere Bevölkerungsgruppen erreichen.